

Pressemitteilung

14. August 2017

Bildungsagenda 2017

Jährlich plus 12 Mrd. Euro - Deutschland braucht eine Bildungsoffensive!

Berlin – Deutschland muss jährlich 12 Milliarden Euro zusätzlich in Bildung investieren, um die demografischen Herausforderungen, die Digitalisierung oder die Integration von Flüchtlingen zu bewältigen. Die positive Entwicklung im Bildungssystem hat in den letzten Jahren bundeslandübergreifend an Dynamik verloren. Um vor diesem Hintergrund weiterhin Aufstiegschancen und Teilhabe zu stärken, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) eine Bildungsagenda im Rahmen des Bildungsmonitors 2017 entwickelt.

Das zusätzliche Geld muss zielgerichtet in jenen Bereichen eingesetzt werden, die für die Gestaltung der Digitalisierung und des demografischen Wandels sowie für die Integration der Zuwanderer besonders wichtig sind.

„Bereits Auf dem Dresdner Bildungsgipfel 2008 haben Bund und Länder gemeinsam beschlossen, die Bildungsausgaben bis 2015 auf 7 Prozent des BIP zu steigern. Dieses Ziel wurde auch im Jahr 2016 noch nicht erreicht. Wir möchten die Bundesregierung im Vorfeld der Wahl an ihre Zusage erinnern und legen mit der Bildungsagenda einen Vorschlag vor, an welchen Stellen die Anstrengungen noch deutlich verstärkt werden müssen“, so **Hubertus Pellengahr**, Geschäftsführer der INSM.

So sollten die für Deutschland ermittelten zusätzlichen Bildungsausgaben jährlich konkret auf folgende Bereiche aufgeteilt werden:

- 5,0 Milliarden Euro für mehr Plätze und Qualität in der frühkindlichen Bildung,
- 3,5 Milliarden Euro für Integration,
- 2,7 Milliarden Euro für den Ausbau von Ganztagschulen und
- 0,8 Milliarden Euro für Studierende aus dem Ausland an deutschen Hochschulen.

Zudem sollte durch verbesserte Rahmenbedingungen der Qualitätswettbewerb an Schulen gefördert werden, statt Zeit und Ressourcen in Strukturdebatten zu verschwenden. Die Bildungsfinanzierung muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Konkret bedeutet dies, sozialverträglich gestaltete und nachgelagerte Studiengebühren – beispielsweise in Höhe von 500 Euro pro Semester – einzuführen und im Gegenzug KITA-Beiträge der Eltern im gleichen Umfang zu reduzieren.

Studienleiter **Prof. Dr. Axel Plünnecke** vom IW Köln erklärt: „Untersuchungen zeigen, dass gezielt eingesetzte zusätzliche Bildungsausgaben in KITAs und an Ganztagschulen, Maßnahmen zur Integration und mehr Kapazitäten für Zuwanderung über die Hochschulen einen Beitrag zu mehr Wachstum und Gerechtigkeit leisten und sich langfristig auch für die öffentliche Hand auszahlen.“

Zum Hintergrund:

Die Studie Bildungsmonitor 2017, die eine Bestandsaufnahme zur Leistungsfähigkeit des Bildungssystems der 16 Bundesländer vornimmt, erscheint am 17.08.2017. Das hier vorab vorgestellte Sonderkapitel des Bildungsmonitors beleuchtet eine Bildungsagenda zur Stärkung von Wachstum und Gerechtigkeit.

Kontakt INSM

Julia Saalman (saalman@insm.de; 030 27 877 178)

Studienleiter IW Köln

Prof. Dr. Axel Plünnecke (pluennecke@iwkoeln.de; 0221 4981 701)